

# Es thut Noth!

## Ein Blick auf die livländischen Rechtszustände.

Bischof. Studiren jetzt viele Deutsche vom  
Adel in Bologna?

Liebetraut. — — — Das hab' ich mein'  
Tage nicht gehört.

Dearius. Ja, sie sind die Bewunderung der  
ganzen Akademie. Es werden ehe-  
stens einige von den ältesten und  
geschicktesten als Doctores zurück-  
kommen. Der Kaiser wird glücklich  
sein, die ersten Stellen damit be-  
setzen zu können.

Göß von Berlichingen. Akt I.

Plus on est avocat moins on est Senateur.

Lettres sur la cour de la chancellerie  
par Royer-Collard. p. 301.

*An. 29. 228.*

BIBLIOTH:  
ACADEM:  
CORPAT

Mehr als zwei Jahre sind verflossen, seit die mit dem Regierungsantritt des Kaisers Alexander II. erwachten Reformationsideen auf sämmtlichen Gebieten des innern Staatslebens, auch im Gebiete der Rechtspflege, einen wichtigen Schritt vorwärts gethan haben.

Der Ukas vom 8. Juni 1860, durch welchen das Institut der Instructions- oder Untersuchungsrichter in den 44. nach allgemeinen Gesetzen verwalteten Gouvernements eingeführt und damit der erste Schritt zu einer Sonderung der Justiz von der Polizei — wenigstens im Bereiche des Strafprocesses — gemacht wurde, ging an den nach „besonderen“ Gesetzen verwaltet werdenden Ostseeprovinzen unbeachtet vorüber, ja wir können fast behaupten, daß selbst Sachmänner demselben kaum die Aufmerksamkeit geschenkt haben, welche er wol schon um der Sache willen, die er betraf, verdient hätte, wenn man von seinen sorgfältig ausgearbeiteten Instructionen, welche sich manchen ausländischen würdig an die Seite stellen, abstrahiren will. Soviel uns bekannt geworden, war es die Absicht der Regierung, diesen Versuch den wichtigsten Theil des Processes der bisherigen Willkür und Unbestimmtheit zu entziehen und einen Grund zu besserer Criminalrechtspflege zu legen, auf welchem sich nach den Erfordernissen, der immer mehr nach Deffentlichkeit in allen Beziehungen des bürgerlichen Lebens strebenden Gegenwart, weiter bauen ließe, auch auf die Ostseeprovinzen auszudehnen, und waren zu diesem Zwecke, Seitens der 1859

beim Ministerium des Innern niedergesetzten Commission zur Reorganisation der Behörden, an die damalige Civiloberverwaltung der Ostseeprovinzen Anfragen ergangen, ob die Einführung des beregten Instituts auch hier erispriesslich und wie dieselbe vorzunehmen sein dürfte. Die Antwort hatte dahin gelautet, daß die Erispriesslichkeit des Instituts durchaus nicht in Frage zu stellen (was wol ein Jeder zugeben wird), die Einführung desselben aber, in der für die übrigen Gouvernements angenommenen Form, der provinziellen Privilegien halber, nicht gut ausführbar sei. — Wir fühlen uns weder befugt, noch berechtigt, zu untersuchen, ob die Civiloberverwaltung Recht daran gethan, die Sache, über welche weiter nichts bekannt geworden, abzumachen, ohne wenigstens versucht zu haben, wo erforderlich, ein Aufgeben entgegenstehender specieller Privilegien zum Besten eines in die Augen springenden, dem Gemeinwohl förderlichen Zweckes hervorzurufen, wollen auch gern glauben, daß ein solcher Versuch fruchtlos gewesen wäre und nur die starresten Opposition hervorgerufen hätte, müssen aber doch bedauern, daß dieser Versuch der Regierung, den Starrkrampf, der unsere rechtsbürgerlichen Verhältnisse befangen hält, zu brechen, an den angeführten Bedenken scheiterte.

Um dieselbe Zeit ungefähr hatte die zweite Abtheilung der Kanzlei des Kaisers, in der Arbeit einer Codification unserer provinziellen Rechte, den 3. Thl. des Baltischen Coder — das Privatrecht enthaltend — im Entwurf beendet und denselben den höhern Autoritäten und Behörden der Ostseegouvernements zur Beprüfung und Begutachtung zugesandt, dabei auch des nicht lange vorher ins Leben getretenen, bis dahin nicht officiell anerkannten (?) Rigaschen Advocatenvereines gedacht, indem auch diesem ein Exemplar zum selben Zwecke zugesandt worden war. Es konnte hiernach die Hoff-

nung rege werden, diesen wichtigen Theil des bürgerlichen Rechts, dessen Lehren und Vorschriften bis hiezu nur aus selten gewordenen älteren Gesetzsammlungen, Collegienheften und der Praxis mühsam zusammengestoppelt werden mußten und hierdurch nicht nur verschiedenen, von individuellen Ansichten abhängigen Auslegungen unterlag, sondern auch oft große Lücken enthielt — in ein geordnetes System gebracht zu sehen, wodurch die bisherigen Unsicherheiten und Undeutlichkeiten schwinden mußten und die etwa noch vorhandenen Mängel sich leicht ausfüllen ließen. Auch diese Arbeit — welche übrigens manchen nicht ganz unberechtigten Einwurf gegen sich, als ein von der höchsten Gewalt ausgehendes, demnach auch von dieser zu modificirendes Gesetzbuch, zu erdulden hat — ist bisher noch nicht vollendet und dürfte noch einige Zeit vergehen, bis dieselbe in's Leben treten und die damit verknüpfte Reform sich geltend machen kann.

Inzwischen ist die im Jahre 1849, auf vorläufig sechs Jahre emanirte, im Verlaufe derselben vielfach erläuterte und ergänzte Agrar- und Bauerverordnung, durch eine neue, die alte oft umgestaltende, in manchen Beziehungen ihr gleichlautende, in wenigen Beziehungen ihren Mängeln abhelfende, Verordnung vom Novbr. 1860, definitiv zum Gesetz erhoben und sind damit die politischen und bürgerlichen Rechte des numerisch stärksten Standes unserer Heimath endgiltig geregelt worden. Das neue Gesetzbuch — dessen Anwendung bereits angeordnet war und nur aus besonderen, allgemein bekannten Gründen sistirt und hinausgeschoben werden mußte — liegt vor uns und wir zweifeln, daß kundige Beurtheiler erklären werden, es sei durchgängig vom Hauche der sich gegenwärtig überall geltend machenden, liberalen, nach Emancipation des Rechts, von den dasselbe einengenden, nur Sonderinteressen förderlichen Schranken, strebenden Ideen, durch-



weht. Wir zweifeln, daß Jemand behaupten könne, es seien die Undeutlichkeiten, Unzulänglichkeiten und Lücken, deren das alte Gesetzbuch so viele enthält und welche zu beseitigen eine eigens dazu niedergesetzte Commission und die von den Bauerbehörden beobachtete Praxis sich bemüht haben — in dem neuen nach Möglichkeit erläutert, ergänzt und ausgefüllt. Welche Entschuldigung kann dafür geltend gemacht werden, wenn man erwägt, daß dieses Werk, nicht etwa als der Ausfluß einer, nur die Interessen des ganzen Staates vor Augen habenden, demnach locale Verhältnisse vielleicht nicht immer berücksichtigenden Gewalt — sondern als die Arbeit von Personen erscheint, welche — mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der Vertlichkeit und seiner Bewohner angeblich bekannt — mit diesem Werke die Idee einer zeitgemäßen, durchgreifenden und dem Rechtsbewußtsein huldigenden Reform auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts vorläufig in den Hintergrund gedrängt haben.

Endlich schien der überall sich regende Fortschritt auch an uns treten zu wollen, und die Hoffnung auf reformatorische Entwicklung unseres Rechtslebens begann wieder mächtig die Flügel zu regen, als im Februar 1862 — nachdem von Zeit zu Zeit einzelne Stimmen, gleich Predigern in der Wüste, auf die Nothwendigkeit einer verbessernden Umgestaltung unserer rechtlich-socialen Verhältnisse hingewiesen hatten -- sogar in dem conservativsten Elemente der livländischen Einwohnerschaft, Anträge auf Reformen in verschiedenen Sphären unseres Rechtslebens sich Ausdruck zu verschaffen mußten. Es war auf dem zu anderem Zwecke versammelten Landtage der livländischen Ritterschaft, daß ein Mitglied derselben unverhofft — wenn auch längst als Bedürfniß empfunden — den Antrag auf Wiedereinführung des alten Pfandrechts, Vertretung der Städte auf dem Landtage, Ab-

haltung gemeinsamer Landtage der drei Schwesterprovinzen und Errichtung eines gemeinschaftlichen obersten Tribunals für dieselben, stellte. Waren auch die beiden ersten Punkte, welche bei näherer Betrachtung sich weniger als eine Reform, denn als eine von unpartheischem Rechtsgefühl gebotene Wiederherstellung theilweise entrißener Rechte erweisen, wichtig genug für unser Privat- und mit dem dritten für unser öffentliches Recht, so ist mit ihnen eine voraussichtliche Reform unserer Rechtsinstitutionen weniger verknüpft, als mit dem jetzt angeführten Punkte. Die Einführung eines baltischen Tribunals mußte bei den dazu erforderlichen vorbereitenden Arbeiten, einen bedeutenden reformatorischen Einfluß auf unsern chinesischen Rechtszustand herbeiführen; mit der Einführung dieses obersten Gerichtshofes mußte sich nothwendigerweise eine, wenn auch nicht durchgängig gleiche, doch wenigstens der Hauptsache nach, gleichartige Umbildung der diesem untergebenen Gerichtsstellen verbinden, vor Allem aber mußte damit eine gleichartige Gestaltung der Rechtsfälle selbst und ihrer Anwendung, die oft an einem Orte, dieselben Individuen berührend, zu den heterogensten Resultaten führen, hervorgerufen werden. Das Schicksal dieser Anträge ist bekannt. Sie wurden einer Commission überwiesen und diese hat den in einer solchen Ueberweisung deutlich genug enthaltenen, wenn auch nicht offen ausgesprochenen Wink verstanden; kurz, die Sache scheint um so rascher eingeschlafen zu sein, je größer die durch sie in den ersten Tagen allerseits hervorgerufene Aufregung gewesen war und hat es der Adel für vortheilhafter gefunden, auf den süßen Traum einstigen Ruhmes, der Urheber und Führer unserer reformatorischen Bewegung gewesen zu sein, Verzicht zu leisten und mit dem prosaischen, vielleicht nur noch kurze

Zeit dauernden Bewußtsein, einer für ihn jedenfalls reellern Wirklichkeit vorlieb zu nehmen.

Während dessen steht das Reich, dem wir angehören, und auf welches wir bisher — unbestimmt ob immer mit Recht — theils mit dem Mitleid der Ueberlegenheit, theils mit dem Stolge eines Lehrers, hinabzusehen gewohnt waren, im Begriff, in seinem so plötzlich und so gewaltsam neu= aufgenommenen Entwicklungsgange abermals einen unge= heuern Schritt zu thun. Die Fundamentalbestimmungen einer neuen, auf das Princip der Oeffentlichkeit basirten Gerichtsordnung sind erschienen und der Reichsrath ventilirt zur Zeit das, von einer besonders dazu niedergesetzten Commission ausgearbeitete Project einer neuen Gouvernements= und Kreisverordnung, bei welcher alle Stände gleichmäßig theilhaftig sein sollen.

Während unsere, seit Jahrhunderten fast ununterbrochen fortschreitenden westlichen Stammgenossen in ihrem Entwicklungsgange uns mit Riesenschritten voraneilen und, wie gezeigt, unsere Mitbrüder im Osten — aus langem Schlafe erwacht — wie im Fluge sich die Errungenschaften von Jahrhunderten anzueignen bestrebt sind, um sogleich weiter fortschreiten zu können, sind wir allmählig daran gewöhnt worden, solche Fortschritte mit dem Interesse zu begleiten, mit welchem man das Wohlergehen ferner Lieben begleitet, wobei wol auch dann und wann ein vergleichender Blick auf uns selbst fällt und uns zu einem geheimen Seufzer nöthigt, wenn es uns nicht so wohl ergeht. Und nachdem die sehnliche Hoffnung auf Besserung fort und fort in den Hintergrund gedrängt worden, werden wir uns auch bald des Gefühles des Trostes entschlagen müssen, welchen das Bewußtsein *socios habere malorum* einzulösen pflegt.

Unerträglich aber — das anzustreben wird wol nur



Derjenige wagen, der damit ein Urtheil über sich selbst fällen will — sind allmählig unsere Rechtszustände geworden. Ungleichartigkeit des Rechts, — nicht etwa die durch den Stand bedingten, nach den allgemeinen Reichsgesetzen sich formirenden Rechte — Unzulänglichkeit der bestehenden, längst entschwundenen Zeiten entstammenden, den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht entsprechenden Institutionen, — die vollständige Vermischung der Justiz und Administration, gesetzliche Unmündigkeit des Richters bei etwa mangelndem Gesetz — die in keinem Verhältniß zum Landesumfang stehende Zahl der Gerichte und die daraus entspringende übergroße Geschäftslast, — sowie der feinknötigste, meist auf Unwesentliches gerichtete Schematismus im Ganzelewesen, — machen dem Richter sein Amt zu einem schwierigen, häufig zu einem drückenden, nicht selten zu einem widerwärtigen, dem er sich nur aus Rücksicht auf materielle Interessen unterzieht; während dieselben Ursachen verbunden mit dem schleppendsten, an weitschweifige, veraltete Formalitäten gebundenen, nach den verschiedenen Instanzen verschiedenartigsten Proceßgange, — häufig zu begegnender Unkenntniß oder Unfähigkeit des Richters, — verwickelten Competenzverhältnissen und den mit der Unkenntniß derselben verknüpften Nachtheilen, — beim Laien das Rechtsbewußtsein auf eine gefährliche Weise erschüttern, das Vertrauen auf den Rechtsschutz zerstören und, indem sie einerseits die fortwährend zu beobachtende Scheu vor jeder Berührung mit den Gerichten hervorrufen, andererseits die sich täglich mehrenden Rechtsbrüche und Gesetzesverletzungen verursachen.

Welche aber sind die Gründe, die die Beseitigung dieser unleugbaren, so tief in alle socialen Verhältnisse eingreifenden, Calamitäten bisher zu verhindern gewußt, jede Regung nach Reform, als eine unberechtigte, unnöthige, fast revolu-



tionaire und als Verrath am „angestammten Rechte“ bezeichnet haben? Nicht etwa das Bewußtsein von der Vortrefflichkeit dieses Letzteren, oder der Vielen innewohnende Hang am mangelhaften Hergebrachten, aus Furcht vor nicht bekanntem Neuen. O nein! Die Ursachen sind ganz andere!

Wenn wir einen Blick auf unsere Landesgeschichte werfen, so sehen wir wie eine, während des — Zünfte und Gilden schaffenden Mittelalters — in den Städten sowohl als auf dem flachen Lande — zur Herrschaft gelangte aristokratische Oligarchie es verstanden hat, dem starresten Conservatismus huldigend, jede Neuerung fern zu halten und den leisesten Wunsch nach einer solchen, als revolutionäres Gelüste zu bezeichnen. War es auf dem flachen Lande der indigene Adel der Geburt, welcher — von Zeitverhältnissen begünstigt und nicht immer ängstlich um die Mittel besorgt — die seinen Sonderinteressen erspriesslichsten Institute, in zünftiger Abgeschlossenheit zu einem ausschließlichen Rechte für sich zu usurpiren und damit so zu sagen, zu einem Unrecht an Jedem, den er mit eifersüchtigem Neide von ihnen entfernt hielt, zu stempeln gewußt, — so war in den Städten, namentlich in Riga einer üppigen Geldaristokratie verbunden mit einem auf die höchste Spitze getriebenen Nepotismus relativ das Gleiche gelungen, indem diese einen bevorzugten Bürgerstand schufen.

Obgleich aber diese beiden, in den Grundanlagen sich so ähnlichen, Elemente unserer heutigen Gesellschaft — weil ihre Interessen sich häufig durchkreuzten — in steter Feindschaft, nicht selten sogar in offenem erbitterten Kampfe einander gegenüberstanden, in dem Punkte waren sie einig, in der Abwehr jeglicher Neuerung und in dem angeblichen Motiv hiezu „die Wahrung der provinziellen Privilegien vor etwanigen auflösenden Angriffen.“ Wir wollen hier

nicht untersuchen, in wie weit dieser Conservativismus sich als Privilegienschutz bewährt, oder ob er nicht vielleicht dazu beigetragen hat, deren allmälige gewaltsame Beseitigung herbeizuführen, das aber glauben wir dreist behaupten zu können, zur Entwicklung und Förderung der Rechtsverhältnisse und Institutionen hat er nicht beigetragen! Wenn man es sich sonach nicht verhehlen darf, daß Parteisucht, Standesüberhebung, Egoismus und die crasseste Selbstzufriedenheit, nebst einem als Erbtheil aus dem Mutterlande herübergebrachten Mangel an Einheit, die Ursachen der „Stagnation“ bilden, in welcher wir uns befinden — so erscheint uns doch noch eine andere, in dem geschichtlichen Verhältniß nicht so klar zu Tage liegende, aus demselben aber hervorgegangene Ursache, einen wesentlichen Antheil an unseren gegenwärtigen Rechtszuständen zu haben.

Wir meinen den fast vollständigen Ausschluß der auf gründlicher academischer Bildung beruhenden Wissenschaftlichkeit, vorzüglich aber der Fachwissenschaft, ihrer Vertreter und Anhänger, von Allem, was auf das Recht und die durch dasselbe bedingten Verhältnisse und Institutionen Einfluß hat und ist es der Zweck vorliegender Zeilen, die Wahrheit dieser Behauptung mit den daraus unmittelbar entspringenden Folgen zu erweisen.

Wenn man von der Stadt Riga, welche vom zunächst Anzuführenden theilweise eine rühmliche Ausnahme macht — und den auf allgemeinen Reichsgesetzen basirten, auf die judiciären Verhältnisse geringeren Einfluß habenden, übrigens den Haupttheilen nach von wissenschaftlichen Fachmännern besetzten, obersten Verwaltungsbehörden, — sowie von den seit Menschenaltern in merkwürdiger Bedeutungslosigkeit ein vegetables Dasein fristenden kleinen Städten Livlands, welche mehr als Sammelplätze schlecht und theuer, für die augen-

blicklichen Bedürfnisse des umliegenden platten Landes und seiner Bevölkerung, arbeitender Handwerker, denn als eigentliche Städte erscheinen, in judiciärer Beziehung aber auch der obersten Landesbehörde unterworfen sind, — abstrahirt und die 55 Landesrichterämter, welche ausschließlich vom immatriculirten Adel besetzt werden, in's Auge faßt, wird man unsere obige Behauptung nicht übertrieben finden. Die „baltische Monatschrift“ vom April 1861 weist in ihrem „der Domainenverkauf in den Ostseeprovinzen und das Güterbesitzrecht“ überschriebenen Artikel, S. 344 u. ff. nach, daß 200 der wichtigsten Richterämter in den Ostseeprovinzen, nur vom immatrikulirten Adel besetzt werden können, während im Verlaufe eines Decennii nur 45 immatrikulirte Edelleute der juristischen Facultät angehört und nur 20 einen academischen Grad bei derselben erworben haben,“ woraus von selbst folgt, daß nur ein Viertel der angeführten Aemter von Fachmännern besetzt worden. Rechnet man nun auf Livland den vierten Theil dieses Viertels, so haben wir das Resultat, daß auf obige — eine Kenntniß des einheimischen Rechts unumgänglich erfordernde — 55 Aemter nur 11 Juristen kommen, von denen nur 5 über ihre Befähigung genügenden Nachweis ertheilt haben. Zählt man zu diesen Aemtern, noch die 81 der Kirchspielsrichter, ihrer Adjuncte und Substitute hinzu, bei deren Besetzung das Indigenat — unter welcher Bezeichnung man in den Ostseeprovinzen eigentlich das Gegentheil versteht — nicht gerade erforderlich ist, aber doch vorzugsweise berücksichtigt wird und schlägt dann die jährlich erscheinenden Personalverzeichnisse nach, so ergiebt sich, daß von diesen letztgenannten Aemtern durchschnittlich  $\frac{3}{5}$  vom immatrikulirten Adel besetzt sind, demnach auf mehr als hundert von ihm besetzte Richterstellen, nur  $\frac{1}{10}$  mit den dazu erforderlichen Kenntnissen ausgestattete Personen



kommen. Nimmt man hierzu noch die zehn obersten Canzelleiposten, bei welchen die nachgewiesene Kenntniß der Jurisprudenz gesetzlich erforderlich ist und von welchen gegenwärtig gerade die Hälfte von immatriculirten Edelleuten besetzt sind und hält man den oben angeführten Nachweis, daß gerade dieselbe Zahl ihre Kenntnisse in der vorgeschriebenen Form nachgewiesen, dagegen, so reducirt sich der Bruchtheil auf Null und die Behauptung, in Livland befänden sich die Richterposten garnicht in juristischen Händen, erschiene nur als das Resultat einer ungenauen Pauschalrechnung, nicht aber als Uebertreibung.

Ohne nun nach Zahlen weiter zu untersuchen, wie Viele der solchen Aemtern vorstehenden Individuen überhaupt eine wissenschaftliche Bildung auf Universitäten und Academieen genossen haben, wollen wir die Notorietät anführen, daß mehr als die Hälfte derselben, die Jahre der Entwicklung im Militärdienst zugebracht und, nach Verlassen desselben mit einem der höheren oder auch niederen Offiziersgrade einen „Landesposten“ angenommen haben, welchem sie ihre Kräfte mit — soviel es die Verhältnisse erlauben — militärischer Kürze und Strenge, sowie von der Ansicht unbedingtester Unfehlbarkeit durchdrungen, welcher zu widersprechen rügenswerthe Insubordination ist — widmen. Das als ein Vorrecht ausbedungene Aemterbesetzungsrecht ist, bei den ausschließlich dem Indigenatsadel vorbehaltenen Stellen, allmählig durch den von den Wählern selbst fortwährend zugegebenen Mangel genügend befähigter Candidaten, sowie der — trotz aller unleugbaren Freigebigkeit der bezüglichlichen Kreise — verhältnißmäßig immer noch geringen Besoldung vieler Aemter, fast zu einer Reallast der Corporation geworden, in dem häufig zur Annahme der weniger einflußreichen oder einträglichen Posten, wie z. B. der Ordnungsgerichtsadjuncten-



aemter, ein gewisser corporeller Zwang ausgeübt werden muß. Andererseits benutzt das durch crasse Exklusivität ausgebildete Cliquenwesen, die besseren Aemter häufig dazu, den ihnen angehörigen, in äußeren Verhältnissen zurückgekommenen Stammes- und Standesgenossen eine gesicherte Existenz zu schaffen, bei welchem wohlthätigen Zwecke, die Rücksicht auf Befähigung natürlich in den Hintergrund treten muß. Unter solchen Umständen ist's dann wohl nicht zu verwundern, daß die Einen ihr Amt mit Widerwillen, mit der festen Absicht, dasselbe sobald als möglich niederzulegen und eben- daher mit Interesselosigkeit verwalten, die Andern demselben aber nur diejenige Sorgfalt widmen, welche zum ungestörten Besiz einer Sinecure, nöthigenfalls anzuwenden ist; die Wenigsten aber daran denken, die ihnen für das von ihnen bekleidete Amt mangelnden, nur in angestrengter Arbeit zu erwerbenden Kenntnisse nachzuholen. Daß hiebei — wie bei jeder Regel — rühmenswerthe Ausnahmen vorkommen, versteht sich von selbst, wie aber eine Schwalbe keinen Sommer macht, so bilden einzelne tüchtige, strebsame und selbst wissenschaftlich gebildete Richter, noch keinen tüchtigen Richterstand. Wenn es unter Umständen nicht rathsam sein dürfte, vom Theil auf's große Ganze zu schließen, so glauben wir, daß es in vorliegendem Falle geradezu geschehen muß, um die letzte Behauptung zu begründen. Personen, welche einen höheren militärischen Grad erworben, oder sich „Studirens halber“ auf Universitäten umgesehen, oder sich beim Aufenthalt auf Reisen gebildet haben, mögen wohl eine gewisse sociale Bildung, auch so viele practische Erfahrungen erlangt haben, um bei gesunden Sinnen in leichteren Fällen instinctiv das Richtige zu treffen, werden aber auch beim redlichsten Bemühen und der angestrengtesten Thätigkeit, ohne vorgängige wissenschaftliche Fachbildung sich in den schwierigeren und

verwickelteren Rechtsverhältnissen — die mit der fortschreitenden Civilisation, in fortwährendem Zunehmen begriffen sind — nie zurecht finden können. Wie nun zwölf aneinandergereihte Äpfel und Birnen keine Traube bilden, so können ein Deconom, ein Militär und ein Virtuos zusammengenommen nicht einen Juristen abgeben. Sobald den einzelnen Theilen die immer wesentlichen Merkmale des Ganzen mangeln, läßt sich eben von keinem Ganzen sprechen, wir also werden höchstens von einzelnen Richtern, nie aber von einem Richterstande, am allerwenigsten aber von einem durchgebildeten sprechen können. Bei solchem Mangel am Allernothwendigsten können wir die natürliche Folge desselben, die mangelhafte Thätigkeit unserer Gerichte, wohl schmerzlich empfinden, aber auch nur ohne Erstaunen hinnehmen. Die bei den meisten herrschende Unsicherheit in der Leitung und Entscheidung der ihnen vorliegenden Rechtsfachen — die so häufige falsche Anwendung des Gesetzes — die nicht minder öftere Außerachtlassung desselben, wenn es mit den bestehenden Verhältnissen nicht in Einklang zu stehen scheint — der sich immer und immer zeigende Hang zur Willkür, besonders wo es sich um Verhältnisse zwischen Höheren und Niederen handelt, oder Standesinteressen zur Sprache kommen — die übertriebenen Ansichten von der Autorität der Richter und die oft in's Lächerliche ausartende von der ihnen inne wohnenden fides — dürfen uns dann nicht in Verwunderung setzen.

Kommt es in den höheren Landesbehörden — wo die fast durchgängig rechtskundigen Kanzleibeamten Mißverhältnisse nach Kräften abzuwenden redlich bemüht sind, oft aber, da sie keine entscheidende Stimme haben, vor Besserwisseri, Dünkel und der zur Verdeckung eigener Schwäche sich häufig geltend machenden hierarchischen Autorität nicht durchzudringen vermögen — doch vor, daß vollständige Unbestimmtheit über

Proceßform, über Anwendung processualischer Regeln u. dgl. m. herrscht, eine Resolution wider die andere ertheilt wird und das Gericht sein eignes Urtheil abändert,\*) in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit förmliche Willkür herrschen kann, welche sich nach der zeitweilig im Lande herrschenden Majoritätsansicht richtet. Wenn das bei diesen Gerichten, wo wie gesagt, der Wissenschaft doch eine, wenn auch nur sehr beschränkte Mitwirkung eingeräumt worden, vorkommen darf, wie können uns Sachen, welche die Kirchspielsgerichte — denen wissenschaftlich gebildete Sachkundige zum größern Theile mangeln — uns täglich vor Augen führen, durchaus gar nicht überraschen. Der ausdrücklichen, allgemein bestehenden Gesetzesvorschrift zuwider, ist es bei diesen fast durchgängig zur Praxis geworden, Entscheidungen auf die Aussagen unvereidigter Zeugen zu begründen, der notorische Leichtsinns des Volkes gegenüber der Heiligkeit des Eides mag eine Entschuldigung hiefür bieten, obgleich dieser bekannte Leichtsinns dem Richter die größere Unzulänglichkeit unbeeideter Zeugnisse darthun müßte, — was aber kann als Entschuldigung aufgeführt werden, wenn die Erfüllung rein privatrechtliche Forderungen zum Gegenstande habender Urtheile, von dem Säumigen mit Körperstrafen u. dgl. m.

---

\*) Beispielsweise erinnern wir an das monströse Zwittergeschöpf von summarischem, mündlichen und feierlichen, schriftlichen Proceß der Landgerichte, die Ungeregeltheit bei Anwendung inquisitorischen und accusatorischen Verfahrens im Hofgerichte, dessen Verbot der Anwendung der poena praeclusi, confessi et convicti, welche es selbst anwendet, — die Willkür bei Corroborationen von Pfand- und Kaufcontracten über Rittergüter, — die bei dem Hofgerichtsdepartement und den Kreisgerichten herrschende Confusion über den Begriff „juristische Person“ — welcher sich zu Gunsten der Gutsverwaltungen elastisch erweitert und verengt — die bei dem Ersteren herrschende Indifferenz gegen die Fatalien und die bei den Letztern vorkommende Unkenntniß über das Wesen der Einreden, der Appellationsformalien und der Anwendbarkeit subsidiärer Gesetze.



erzwungen wird? Soll diese Säumigkeit als Verletzung des dem Richter schuldigen Gehorsams betrachtet werden, so kennt das Gesetz andere, zugleich den eigentlichen Zweck befördernde, Mittel zur Erzwingung des Gehorsams, welche zu gleicher Zeit in dem Schuldigen das Rechtsbewußtsein erwecken. Das obige Mittel muß in solcher Anwendung immer nur als ein Act der Rache und der Gewalt erscheinen, wird aber zur offenbarsten Rechtsverhöhnung, wenn es — was ebenso häufig geschieht — angewandt wird um die Erfüllung von Contracten Seitens des Contractbrüchigen zu erzwingen. Rechnet man hiezu die Art, mit welcher bei der, auch für rein bürgerliche Streitfachen eingeführten, inquisitorischen Proceßform verfahren wird, um die Wahrheit — das materielle Recht — zu erforschen und bei der captiöse und Suggestivfragen, Drohungen und Einschüchterungen des Inquirenten schwieriges Werk erleichtern\*) — so muß man billig daran zweifeln, daß die vielgerühmte livländische Justiz ihr Lob in Wahrheit verdiene. Thatsachen wie die, daß ein Kirchspielsgericht Aussagen von Zeugen zu Protocoll genommen, welche nie verhört worden waren, und daß die nachfolgende Instanz solcher verbrecherischen Naivetät dadurch die Krone aufsetzte, daß sie einfach vorschrieb „in Zukunft sollten Zeugen zuerst citirt und verhört und sodann ihre Aussagen verschrieben werden“ — gehören wol zu den Seltenheiten, tragen aber zur Ansicht des Ganzen viel bei. —

Wir haben aller dieser Anführungen bedurft, um zu zeigen, wohin der Ausschluß der Wissenschaft — den wir als den Hauptfactor solcher Misère bezeichnen — führt und doch

---

\*) Wir verweisen zum Belege auf die mit seltener Naivetät und Offenheit geschriebene, erst kürzlich zur Publicität gelangte Schrift eines dieser Richter, der seinem Amte sonst mit angeborener Fähigkeit und angestrebter Thätigkeit vorsteht.



scheint dieser Ausschluß sein Ende noch nicht erreicht zu haben, sondern sich noch in anderer Weise weiter ausbreiten zu wollen.

Fassen wir den oben erwähnten Landtagsantrag „Vertretung der Städte auf dem Landtage“ in's Auge, so kommen wir zu einem ganz merkwürdigen Resultat. Es handelt sich bei diesem Antrage vorläufig darum, dem städtischen Bürgerstande ein von ihm besessenes, seit mehr als einem Jahrhunderte aber, mit alleiniger Ausnahme Riga's nicht ausgeübtes und daher wol in den Provinzialscoder nicht weiter recipirtes Recht wiederzugeben. Der auf diese Weise zusammengesetzte Landtag soll eine Art ständischer Repräsentation bilden, da aber in einer solchen füglich kein Stand ausgelassen werden kann, so würde auch der Bauer seine Vertretung erhalten. Dieser erscheint gegenwärtig aber, der Masse nach, für ständische Vertretung noch zu unreif und dadurch Einflüssen, denen man — und das wol mit Recht — jede Lücke verstopfen möchte, zu sehr ausgesetzt, daher man eines Mittels bedarf, die beim Kopfsahlprinzip verhängnißvolle bäuerliche Vertretung zu schwächen. Der Grundbesitz giebt dies Mittel; er soll bei der ständischen Vertretung die Norm abgeben. Hiernach würde dann der Adel fast vollzählig, mehrere der berufenen Städte gar nicht — der städtische Bürgerstand als solcher, da er bei den gegenwärtigen Verhältnissen nur schwer zu Grundbesitz gelangen kann, wol ebensowenig und der Bauer nur gering vertreten sein. Da von den Gelehrten, den Staatsgelehrten und der provinziellen Verfassung nach, die Geistlichen einen besondern Stand bilden, die übrigen zum Gelehrtenstande gehörigen, aus Beruf oder Liebhaberei die einzelnen Fächer der Wissenschaft repräsentirenden Individuen, als Aerzte, Lehrer und Beamte, oder als sogenannte „Literaten“ sich dem Stande anschließen, zu dem sie ihrer

Herkunft nach gehören, so kann von einer Vertretung des Gelehrtenstandes auf dem projectirten Ständetage keine Rede sein, während die etwaige Möglichkeit als Vertreter des Bürgerstandes, zu welchem die Meisten gehören, zu erscheinen, ihnen auch so gut wie genommen ist; denn es soll nicht etwa der städtische Bürgerstand im weitesten Sinne, sondern die städtische Bürgerschaft — in den livländischen Städten bestehend aus dem Rath und den beiden Gilden — vertreten sein. Die Anzahl der diesem engeren Bürgerstande angehörigen Gelehrten aber, läßt sich fast mit Genauigkeit, nach der Anzahl der in der Mitgliedschaft der verschiedenen Magistrate sich befindenden Juristen abmessen. Es scheint sonach keine bloße — in der gegenwärtigen, geseglichen Gestaltung unserer Stände beruhende — Zufälligkeit, den förmlichen Ausschluß der Gelehrtenwelt aus dieser originellen, mehr eine Repräsentation des Grundbesitzes, als eine wahrhaft ständische Vertretung im Auge habenden Combination zur Neugestaltung der provinziellen Verfassung, veranlaßt zu haben; — der Grund dürfte wol mehr ein absichtlicher und in der sich häufig genug zeigenden Furcht vor dem „Alles zerseßenden Litteratenthum“ wurzelnder sein. Dieses aber, welches bei uns durchaus nicht dem — unter gleichem Sammelnamen im Auslande ein wenig in Mißcredit gekommenen — entspricht, enthält vielmehr die theoretisch wie practisch durchgebildetsten, auf der Höhe ihrer Zeit und Wissenschaft stehenden Männer, welche mit der gründlichsten Kenntniß der heimatlichen Zustände und ihrer Gebrechen, die geläutertste Erfahrung zu ihrer Heilung vereinigen. Wenn dieses Litteratenthum „zerseßende Elemente“ enthält, so wollen wir das insofern nicht bestreiten, als bei uns wol so manche Zustände der Zersezung bedürftig sind und hiefür das Litteratenthum in sich die erforderlichen Mittel enthält.

Wenn nun nach diesem Allen vorläufig keine Aussicht vorhanden ist, daß von der zur Zeit berechtigten Seite der Wissenschaft freiwillig eine Mitwirkung beim zeitgemäßen Ausbau unserer provinziellen Rechtszustände eingeräumt werde und wir es auch Niemandem verargen wollen, der sich weigert zur Bereitung des eigenen Grabes die Hand zu bieten, so dürfte es nicht nur an der Zeit, sondern zur Förderung des Gemeinwohls Pflicht sein, daß die Wissenschaft zum Nutzen des Ganzen und zu ihrer eigenen Ehre den Platz, der ihr — ob aus Indifferentismus, Kurzsichtigkeit oder partheiischem Sonderinteresse, wollen wir nicht weiter untersuchen — beharrlich verweigert wird, selbst erkämpfe.

Mit lebhafter Theilnahme ward daher — wir können es dreist behaupten, nicht bloß der „Juristen“, sondern sämtlicher denkenden, wahrhafter Patrioten — der in der Riga'schen Zeitung vom 21. September d. J. Nr. 220 enthaltene Aufruf zur Beschickung eines baltischen Juristentages gelesen und aufgenommen, welcher Aufruf nicht nur den, von ihm als Hauptursache unserer Rechtsübelstände bezeichneten Mangel einer Initiative zur Reform, scheinbar unabsichtlich beseitigte, sondern durch seine Erfolge dem bisherigen Ausschluß der Wissenschaft ein Ende machte. Denn wie beim Wehen des ersten Frühlingshauches zuerst schüchtern hie und da eine Blüthe das Köpfchen hebt, allmählig aber der ganze Boden von ihnen bedeckt wird, so rief auch dieser Artikel zuerst einzelne Aeußerungen über den ausgesprochenen Wunsch, dann aber eine wahrhafte Fluth zum größten Theil wissenschaftlicher — an die inzwischen im Reiche erfolgten Reformen anknüpfender — vernehmlicher Stimmen hervor, welche — einig über die Nothwendigkeit einer Reform auch unserer Rechtszustände — für und wider die Art und Weise der Einführung und die Grundlagen, auf denen sie beruhen



müsse, ihr Votum abgaben und ist seitdem kaum ein Tag vergangen, der uns nicht — wenn auch nicht stets Neues, so doch beachtenswerthes Material zur Neubelebung gebracht hätte, vor Allem aber haben sich die im gemeinen Leben als die Vertreter des Rechts angesehenen Männer aller Orten erhoben und begehren mit Ungestüm eine Neubildung desselben und die ihnen darin gebührende Mitwirkung.

Ist nun auch durch die bereits erwähnten Ereignisse der letzten Tage der als Hauptmotiv zur Beschickung des baltischen Juristentages bezeichnete sonstige Mangel einer Initiative weggefallen, indem dieselbe da ergriffen worden, wo sie mit der meisten Aussicht auf Erfolg ergriffen werden konnte, aber auch — wenn man an die möglichste Erhaltung des nützlichen Bestehenden denkt — am gefährlichsten erscheint und scheint andererseits der, vom zur Leitung eines Juristentages aufgeforderten Rigaschen Advokatenverein angegebene Weigerungsgrund „Mangel des Materials und der Vorarbeiten“, durch die Aufforderung der Regierung zu Vorschlägen Behufs Anpassung der neuen Reichsinstitutionen an die besonderen provinziellen Verhältnisse, beseitigt zu sein, indem die Vorarbeiten in den Regierungsentwürfen, das Material aber im Vorschlage enthalten wäre, so wird die Zusammenberufung eines baltischen Juristentages zur Nothwendigkeit, weil er in seiner Zusammensetzung zugleich eine Vertretung und Mitbetheiligung sämmtlicher Stände — wie solche mittelst des noch unter der gegenwärtigen Regierung bestätigten, nicht aber immer gehörig angewandten Privilegii Sigismundi Augusti vom 28. November 1561 ausdrücklich ausbedungen worden — mit sich führen, zudem auch den bei dem vorzunehmenden Reformwerke sich schon zeigenden Partikularismus ersticken und, was das Wesen der



Sache selbst anlangt, als die alleinig competente, weil wahrhaft kundige Autorität erscheinen würde. Wir müssen es aber als einen gefährlichen Particularismus bezeichnen, der die Folgen nicht erwogen, wenn die „Juristen“ eines Ortes, in leidenschaftlichem Unwillen gegen die Alleinberechtigung eines Standes, dort um Abänderung und Einführung neuer Zustände bitten, ohne zugleich die Art derselben, wie sie für unsere Verhältnisse passend sein würden, näher anzugeben, wo vielleicht nur eine einzige solche Aeußerung erwartet wird, um unter Berufung auf dieselbe, alles Eigenthümliche und Besondere zu beseitigen und die letzten nationalen Verschiedenheiten zu verwischen! In anderer Weise aber erklären wir es für gefährlichen Partikularismus, daß ein Adelsconvent, wenn auch angeblich unter Zuziehung von Expecten, die Vorlage von Reformprojecten in die Hand nimmt; — so sehr der in demselben vertretene Stand auch, sich bei Wahrung allgemeiner Sonderinteressen Verdienst erworben hat, so ist doch nicht zu vergessen, wie er sein eigenes Interesse nie aus Augen gesetzt und seinen Einfluß stets dazu benutzt, ihm im Wege stehende Rechte seiner Mitstände zu verkürzen und einzuschränken, wobei wir nur an die mit Peter dem Großen abgeschlossenen Accordpunkte erinnern, diejenigen aber, welche es lieben den Adel Englands als Beispiel aufzustellen, verweisen wir auf Fischel's berühmtes Werk, damit sie erfahren, was „gentry“ ist und wie wahrhafte gentry zu Werke geht. —

Indem wir es senach wiederholen, die möglichst schnelle Berufung eines holländischen Juristentages ist eine Nothwendigkeit, weil dieser allein zur Zeit eine mit wahrhafter Intelligenz ausgestattete Ständevertretung

---

\*) Dr. Eduard Fischel, die Verfassung Englands. Berlin 1862.

repräsentiren, somit allein allgemeinen Bedürfnissen gleichmäßigen und unpartheiiſchen Ausdruck verleihen und collidirende Interereſſen ausgleichen, dem Staate gegenüber aber allein die Garantie ſachfundiger Behandlung des wichtigen Gegenſtandes bieten kann — wollen wir nur noch die Hauptprincipien, von denen nach unſerer Meinung der Juristentag ausgehen und welche den Inhalt ſeiner Beſchlüſſe zur Vorlage an die Regierung bilden müßten, auführen: 1) Völlige Trennung der Juſtiz von der Adminiſtration; 2) Gleichberechtigung ſämmtlicher Stände bei der Richterwahl, Feſtſtellung wiſſenſchaftlicher Bildung als unumgänglichen Erforderniſſes der Wählbarkeit und Aufhebung alles privilegirten Vorzugsrechts; 3) Gleichſtellung ſämmtlicher Stände vor dem Gericht (vor dem Recht iſt durch die reichsgesetzmäßige Ständeverſchiedenheit ausgeſchloſſen) und Abolition der ſtändiſchen Competenzgeſetze; 4) Mündlichkeit, Deffentlichkeit und Gleichmäßigkeit des Gerichtsverfahrens, bei möglichſter Beibehaltung der gegenwärtigen Gerichtsorganisation, Abſchaffung des Inquiſitionsprocesses und Feſtſtellung der Thatfrage durch Geſchworene; 5) Vermehrung und Verbesserung der Richterſtellen und 6) ein allgemeines Landrecht. Wenn wir uns hiernach nicht verhehlen können, wie ſchwerig die des Juristentages harrende Arbeit iſt, ſo dient uns dies als ein Belag mehr dafür, daß keine einfache ſtändiſche Commiſſion der Aufgabe gewachſen ſein dürfte, um ſo mehr als dieſe das ſtärkende Bewußtſein alle Meinungen gehört zu haben entbehren würde.

Ghe wir aber dieſe Zeilen mit der ſchmeichleriſchen Hoffnung, daß das allgemeine Verlangen auch in ihnen einen würdigen Ausdruck gefunden haben möge, ſchließen, ſprechen wir den Wuſch aus, daß die Leitung des zu berufenden Juristentages der Vertreterin aller Wiſſenſchaft — der Landes-

universität — übertragen werde, welcher — als durch Thätigkeit und Stellung außerhalb der Partheien stehend und dadurch zur Leitung einer solchen Versammlung am meisten geeignet erscheinend — hiemit der gebührende Ehrenplatz und ein neues Feld zur Förderung der Humanität und Civilisation geboten würde.

Riga, im November 1862.

